



Antrag

der Fraktion der CDU

Mehr Liquidität und weniger Bürokratie für den Mittelstand durch gerechtere Besteuerung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, welche eine Umstellung des Umsatzsteuerverfahrens von der Soll- zur Ist-Besteuerung zum Ziel hat.

In einem ersten Schritt sollen dabei Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 2,5 Mio. Euro die Möglichkeit bekommen, die Umsatzsteuer erst nach Zahlungseingang anstatt wie bisher bei Rechnungslegung abführen zu müssen.

Unter den Aspekten der Vereinfachung und der Verhinderung des Missbrauchs sind die derzeitigen Regelungen des Vorsteuerabzugsverfahrens ebenfalls von einem Soll- auf ein Ist-Verfahren umzustellen.

Martin Kayenburg

Rainer Wiegard

und Fraktion